

Wien, am 12. Dezember 2023

Rede von Walter Hämmerle zur Verleihung der 26. Radiopreise der Erwachsenenbildung im RadioKulturhaus

Sehr geehrtes Festpublikum,

Liebe Nominierte,

Herzlichen Dank für die Einladung, heute Abend ein paar Worte zu sagen.

Es gab, so ehrlich müssen wir sein, schon bessere Zeiten für guten Journalismus. Jobs in Redaktionen werden abgebaut, dafür multiplizieren die Parteien, Ministerien und Stadträte wie auch Konzerne ihre PR-Mitarbeiter. Die technologische Disruption wirbelt die Lese-, Hör- und Sehgewohnheiten ebenso durcheinander wie die Geschäftsmodelle. Vor allem aber: Mehr Menschen, als uns allen lieb sein sollte, misstrauen den Medien und uns, ihren Journalisten. Von dieser Entwicklung ist nichts und niemand ausgenommen, auch nicht der ORF, die mit Abstand wichtigste und größte Medienorgel dieses Landes.

Hinzu kommt, quasi als Draufgabe: Eine wachsende Zahl von Politikern und Parteien wollen von diesem Misstrauen in die etablierten Medien profitieren. Sie versuchen, damit Politik und Stimmung zu machen, und sie sind geradezu furchterregend erfolgreich. Es passt zudem in unsere seltsame Gegenwart, dass es etliche Medien gibt, die aus dem Misstrauen gegen die klassischen Medien für sich selbst ein neues Geschäftsmodell basteln wollen. Gar nicht so selten entstehen daraus neue strategische Allianzen und Partnerschaften zwischen den selbsternannten Anti-Establishment-Akteuren.

Das ist eine der vielen traurigen Realitäten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Dabei hilft es, wenn man sich eingesteht, dass kein – oder jedenfalls fast kein – großes Ereignis und keine weichenstellende Entwicklung einfach so vom Himmel fällt. Für das allermeiste gibt es Ursachen, meistens durchaus echte, doch manchmal reicht bereits ein unbestimmtes Gefühl oder man hat die falschen Bekannten auf Social Media.

Der anhaltende Vertrauensentzug vieler, auf jeden Fall zu vieler Menschen in die Medien muss als Tragödie bezeichnet werden. Nicht, weil die Welt so

gemein zu Journalisten wäre, sondern aus einem viel wesentlicheren Grund: Solange noch kein besserer Ersatz für unabhängigen Journalismus gefunden ist, sind freie Medien, die Aufklären wollen, was andere lieber im Dunkeln sehen möchten, sind Medien, die die Voraussetzungen schaffen wollen, dass sich die Menschen eine eigene, an den Tatsachen orientierte Meinung bilden können, sind also solche Medien unerlässlich für eine liberale Demokratie.

Es ist kein kleines Paradoxon und typisch für unsere komplizierte Zeit, dass das Gleiche auch für das Misstrauen gilt. Denen da oben zu misstrauen, gehört zur DNA von Journalistinnen und Journalisten auf der ganzen Welt. Davon abgesehen empfiehlt sich auch für jederfrau und jedermann ein gesundes Maß an Staats- und Obrigkeitskepsis.

Wenn die Regierung stolz und glücklich ein neues Gesetz präsentiert, ein großes Reformprojekt ankündigt, das Budget beschließt, dann begeben wir uns instant auf die Suche nach den größeren und kleineren Haken an der Sache, fahnden wir nach dem sprichwörtlichen Haar in der Suppe und hinterfragen, ob die Begründungen und Ziele nicht bloß vorgeschoben sind, und womöglich doch eine ganz andere Agenda von den Mächtigen verfolgt wird.

Wir sind der Geist, der meist verneint, und Misstrauen gilt als erste Journalisten-Pflicht.

Zurecht, weil was auch sonst? Und hoffentlich nicht nur aus einer Laune oder böser Absicht heraus oder weil einem die Regierung, die gerade die Macht in ihren Händen hält, aus welchen Gründen auch immer, unsympathisch ist. Der Grund, warum Zweifel, Kontrolle und Misstrauen so wichtig sind liegt in der Überzeugung, dass sachliche Kritik am Ende immer und überall zu besseren Lösungen führt.

Dazu benötigen Medien allerdings das Vertrauen der Menschen.

Wahrscheinlich ist es das, was der deutsche TV-Journalist Hans Joachim Friedrichs mit seiner Forderung nach Neutralität bezwecken wollte:

„Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten, nicht in öffentliche Betroffenheit versinken, im Umgang mit Katastrophen cool bleiben, ohne kalt zu sein. Nur so schaffst du es, dass die Zuschauer dir

vertrauen, dich zu einem Familienmitglied machen, dich jeden Abend einschalten und dir zuhören.“

Über dieses journalistische Evangelium nach Friedrichs wird seit seiner Verkündigung viel und durchaus leidenschaftlich diskutiert. Kann es falsch sein, auf einer Seite zu stehen, wenn man felsenfest davon überzeugt ist, dass es sich dabei um die richtige Seite handelt und also um eine gerechte, wenn schon nicht wahre Sache handelt?

Vielleicht hilft es, wenn wir uns vor Augen halten, dass es in der langen Geschichte des Journalismus immer schon beides gegeben hat: Jene, die nüchtern analysieren und kommentieren, ohne sich mit einer Sache gemein zu machen; und so manche anderen, die leidenschaftlich in ihrer Arbeit Partei ergriffen und darob mitunter selbst zur Partei werden.

Zumindest an Leidenschaft besteht heute kein Mangel. Wohin man blickt, dominieren Gefühl die öffentliche Debatte, wobei natürlich die negativen den Ton vorgeben: Wut, Enttäuschung, Angst, Sorge, Verbitterung, die Lust nach Vergeltung, die Verunsicherung vor Veränderung, vor Neuem und Fremden. Nach Zuversicht, Neugier und Freude muss dagegen mit der Lupe suchen, wer die Diskussionen und Schlagzeilen durchforstet.

Dass die Politik auf Gefühle baut, um Erfolg und Unterstützung zu generieren, ist eine uralte Geschichte, die an dem Tag begann, wo die Mächtigen erkannten, dass die Wenigen nicht auf Dauer gegen die Vielen die Macht ausüben können. In unseren heutigen stimmungsgetriebenen Massendemokratien ist dieses Prinzip auf die Spitze getrieben, weil es hier wie nirgendwo sonst auf die ebenso stimmungsgetriebenen Massenmedien ankommt.

Eine solche Konstellation verträgt sich schlecht mit der Idee von Äquidistanz. Diese schafft und fördert Nüchternheit in der öffentlichen Auseinandersetzung, gefragt und gefordert sind jedoch Emotionen, die bewegen. Auch für uns Medien, die wir auf Klicks und Reichweite angewiesen sind, um unseren Journalismus zu finanzieren. Das geht, ich habe es bereits erwähnt, mit negativen sehr viel leichter als mit positiven Stimmungen.

So kommt es, dass unsere liberalen Gesellschaften rund um den Globus gerade dabei sind, ein spannendes gesamtgesellschaftliches Experiment zu

unternehmen. Die Gretchenfrage dabei lautet: Wie viel Grundvertrauen in die gemeinsamen Institutionen braucht es, damit eine Gesellschaft, die unter enormen Veränderungsdruck steht, nicht auseinanderbricht? Und wie viel Misstrauen ist andererseits notwendig für die Verteidigung von Freiheit? Und wann beginnt dieses Misstrauen als Gift in die Venen der Gesellschaft einzusickern und seine toxische Wirkung zu entfalten?

Es hat mit absoluter Sicherheit Zeiten und Epochen gegeben, in denen es zu wenig Widerspruch und zu viel Vertrauen in die da gegeben hat. Vermutlich hat es auch einmal eine Zeit gegeben, in der sich das Misstrauen und das Vertrauen im glücklichen Gleichgewicht befunden haben. Wann das der Fall ist, lässt sich schwer im Hier und Heute feststellen. Man weiß es immer erst im Nachhinein mit Bestimmtheit.

Wie viel Misstrauen ertragen wir, vertragen wir: Von den großen Vereinigten Staaten bis zum kleinen Österreich und alles, was dazwischen liegt, nehmen wir als höchst lebendige Versuchskaninchen an diesem globalen Feldversuch der westlichen Demokratien teil. Und das Blöde ist: Keiner hat auch nur die geringste Ahnung, wie dieses grandios-durchgeknallte Experiment ausgehen könnte. Hoffentlich gut, aber das ist vorerst nicht mehr als eine vage Hoffnung.

Ebenfalls nur eine Vermutung ist, dass der Ausgang dieses Experiments etwas mit dem Journalismus zu tun haben wird, den wir produzieren und den wir konsumieren.

Was wäre zu tun, wenn wir erkennen müssten, dass das Misstrauen die Oberhand gewinnt und das Vertrauen verloren? Wenn es nicht nur die Mächtigen und ihre Institutionen in die Enge treibt, sondern wenn das Misstrauen die Fundamente des Zusammenlebens untergräbt? Denn so viel ist gewiss: Ohne Vertrauen vermag keine Beziehung, keine Familie, kein Dorf, keine Stadt, kein Staat, ja überhaupt keine Gemeinschaft bestehen. Übrigens auch, und das nicht nur nebenbei, kein noch so guter und unabhängiger Journalismus. Ohne Vertrauen ist vielleicht nicht alles, aber sehr vieles nichts.

Gewiss: So weit sind wir nicht, noch nicht. Aber wer kann sich schon sicher sein, was noch alles kommt und was nicht.

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt“, so hat es der deutsche Staats- und Verfassungsphilosoph Wolfgang Böckenförde einmal ganz großartig formuliert, „von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“

Vertrauen gehört zweifellos zu diesen Voraussetzungen.

Weil wir in einer komplizierten Welt leben, ist es nur menschlich, sich nach Klarheit zu sehnen. Grauzonen taugen nicht, wenn der Frontverlauf zwischen Richtig und Falsch, Gut und Böse scharf gezogen sein will.

So gesehen ist es hilfreich, wenn Medien sich auf das Grundsätzliche konzentrieren. Nicht von ungefähr ist die Unterscheidung zwischen Sinn und Unsinn, zwischen Wichtigem und Unwichtigem, zwischen Geschwurbel und Tatsachen eine der zentralen Aufgaben.

Was ist also die dringendste Aufgabe? Vermutlich, jedenfalls irgendwie, einen Beitrag zu leisten, dass die Politik einen Weg aus ihrer dysfunktionalen Logik findet. Wie? Ganz ehrlich: Keine Ahnung. Das große Pech ist, dass es sich dabei um die schwierigste Aufgabe von allen handelt. Keine Lösung dabei wird jedenfalls sein, wenn Journalisten so tun würde, als wären sie Politiker.

Demokratie heißt, über Werte und Interessen öffentlich zu streiten, nicht einfach so, sondern konkret und handfest. Neben Aufklärung und Kontrolle, ist das die große Aufgabe. Das ist keine kleine Kunst. Deshalb braucht es Parteien und Politiker, die diese Kunst beherrschen, und eine Öffentlichkeit, die den Konflikt begleitet, einordnet, um weitere Stimmen, Perspektiven ergänzt und auf die Einhaltung der Spielregeln achtet.

Konflikte sind der Kern des Politischen, doch Österreichs Politik, obwohl im Dauerclinch, verweigert den konstruktiven Streit. Deshalb haftet auch den Kompromissen so oft ein so schlechter Ruf an. Dass der Kompromiss, diese Krönung der demokratischen Idee, von immer öfter gerade von hochpolitischen Menschen als Verrat an den eigenen Idealen verstanden wird, zählt zu den großen zivilisatorischen Niederlagen der Postmoderne.

Politik braucht Emotionen, um möglichst viele zu erreichen, aber zu viel Drama bewirkt das Gegenteil. Wenn jeder Urnengang zur „Schicksalswahl“ hochgejazzt

wird, wenn immerzu der Eindruck vermittelt wird, als ob es, dieses Mal aber wirklich, um alles gehe – für die eine Seite um den Sozialstaat, die Unabhängigkeit der Justiz, die Abwehr des Faschismus, für die andere um den Stopp der Überfremdung, den Verlust der eigenen Kultur –, haben wir uns massiv verrannt.

Demokratie kann nicht funktionieren, wenn eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler befürchtet, eine Wahl zu verlieren, sei gleichbedeutend damit, seine Heimat zu verlieren. Dieser Überschuss an Emotion muss raus aus der Politik. Zumal die Enttäuschungen nur noch größer werden, wenn nach dem Wahlkampf dann doch Koalitionen getroffen werden, die zuvor aus Kalkül kategorisch ausgeschlossen wurden.

Um den „Eifer der Zeloten“ einzubremsen, wie der ausnehmend kluge bulgarische Politikdenker Ivan Krastev es formuliert, gehört allerdings auch, dass Entscheidungen stets korrigiert oder neu ausverhandelt werden können. Dass nichts – oder jedenfalls sehr, sehr wenig – endgültig ist. Demokratie fußt auf dieser einen Voraussetzung: Dass die Minderheit an ihre faire Chance glaubt, bei der nächsten Wahlen zur Mehrheit werden zu können. Nur dann wird sie nämlich bereit sein, ihre momentane Niederlage zu akzeptieren.

In einer liberalen Demokratie, die noch dazu in der Regel Sachzwänge zu bewältigen hat, ist kein Platz, vor allem keine Notwendigkeit, für die Inszenierung eines Endkampfes, egal um welche Werte es sich handelt. Regieren ist auch im 21. Jahrhundert eine dröge Angelegenheit, voll bürokratischer Detailarbeit, unzähliger Ministerräte in Brüssel, wo nicht selten Technokraten den gewählten Politikerinnen und Politikern den Rahmen vorgeben.

Eine ideale Demokratie, so noch einmal Krastev, verwandelt Apathie in Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten und wirkt mäßigend auf den Eifer der Zeloten. Doch das kann nur gelingen, wenn nicht bei jeder Wahl das Schicksal des Landes auf dem Spiel zu stehen scheint. Das ist nicht nur ein Auftrag an die Politik, sondern auch an den Journalismus. Es zählt zu den unerlässlichen Aufgaben von Medien, für die nüchterne Vernunft zu sorgen.

Demokratie bedeutet, dass niemand die Hände in Unschuld waschen oder mit dem Finger auf andere zeigen kann, wenn die Dinge in eine falsche Richtung laufen, das Vertrauen erodiert oder die Unzufriedenheit steigt.

Ohne Vertrauen geht nichts, oder jedenfalls sehr wenig. Das gilt auch für Journalismus.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.